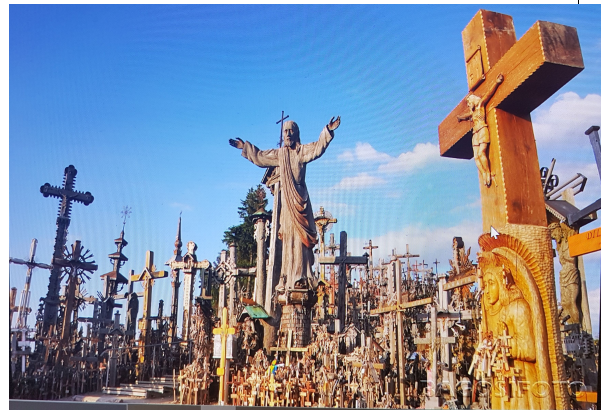


Zürich, 14. April 2022

Meine täglichen Gedanken

Armee und Neutralität quo vadis?

vom 8. April 2022



In Litauen stehen alle diese Kreuze, es sind keine Toten darunter begraben. Sie sind nun zum Mahnmal der Ukraine-Krise geworden!

Schlagzeilen aus der NZZ und anderswo

(Die Kommentare des Verfassers sind blau unterlegt)

9. Jahrgang Nr. 79

Es ist Zeit für eine Dienstpflicht für alle

Georg Häsler, Bern 8. April

Die Mitverantwortung ist die Steigerung der Eigenverantwortung. Darauf beruht das Milizprinzip als Kern der schweizerischen Widerstandskraft – von Frauen und Männern. Es braucht jetzt den Mut zur vollen Gleichberechtigung bei Armee und Zivilschutz.



Die Schweiz kann sich auf Bürgerinnen und Bürger in Uniform verlassen, egal, ob im Tarnmuster oder uni im Zivilschutz. Die Aufnahme entstand nahe der Kaserne von Stans.

Christian Beutler / Keystone

Auf den Krieg in der Ukraine folgt nicht der Frieden. Vielleicht enden die Angriffe der russischen Armee mit einem Waffenstillstand, vielleicht mit einem russischen Pyrrhussieg. Aber die Leichtigkeit des Seins ist auch in Westeuropa vorbei. Die Krise wird nach der Pandemie zum Dauerzustand. Solange der Geheimdienstzirkel um Präsident Wladimir Putin im Kreml an der Macht ist, bleibt die freie Welt, zu der auch die Schweiz gehört, im Konflikt mit Russland.

Dieser uneindeutige Krieg hat schon längst begonnen: Er zielt auf die Spaltung der freiheitlichen offenen Gesellschaften des Westens ab. Ruhen in der Ukraine die Waffen, wird der Kreml seinen Kampf gegen den Westen verstärken. Die ukrainischen Flüchtlinge, die europäische Abhängigkeit von russischem Billiggas und die drohende Rezession wird Moskau gnadenlos als Waffen gegen den Westen einsetzen. Die Schweiz ist gezwungen, ihre Aussen- und Sicherheitspolitik neu zu ordnen. Hinter der Frage über den richtigen Schweizer Standpunkt und die Neutra-

lität in einem Europa, wo Krieg wieder als Mittel der Politik genutzt wird, muss ein weiterer Pfeiler des Staatswesens der Realität des 21. Jahrhunderts angepasst werden: das Milizprinzip.

Neue Modelle - Anfang März, übertönt vom Lärm der russischen Offensive in der Ukraine, hat der Bundesrat einen Bericht des Verteidigungsdepartements (VBS) über neue Modelle der Dienstpflicht publiziert. Im Kern geht es darum, die Alimentierung von Armee und Zivilschutz sicherzustellen. Die personellen Bestände dieser beiden Instrumente des schweizerischen Sicherheitssystems sind akut gefährdet.

Der Bundesrat sieht das Problem, geht es aber zu langsam und zu vorsichtig an. Für eine Dienstpflicht des 21. Jahrhunderts will die Landesregierung zwei Modelle vertieft prüfen:

- **Die Sicherheitsdienstpflicht:** Der Zivilschutz und der Zivildienst werden zu einem Katastrophenschutz zusammengelegt. Es bleiben nur die Männer dienstpflichtig. Sie leisten entweder Militär- oder Katastrophendienst.
- **Die bedarfsorientierte Dienstpflicht:** Neu werden auch die Frauen dienstpflichtig. Armee und Zivildienst wählen aus den Stellungspflichtigen aus, bis die geforderten Bestände mit geeigneten Leuten erreicht sind. Der Zivildienst als Alternative bleibt bestehen.

Verworfen wurde unter anderem ein Bürgerinnen- und Bürgerdienst, der vorsieht, dass alle einen Einsatz für die Gesellschaft leisten. Armee und Zivilschutz brauchten gar nicht so viel Personal, lautet der Grund, den der Bundesrat gegen diesen «service citoyen» anführt. Dafür müssten neue Aufgaben erschlossen werden, damit alle beschäftigt wären. **Der Fokus der Dienstpflicht soll für die Landesregierung auf der Sicherheit bleiben.**

Dieser Ansatz ist richtig, geht aber davon aus, dass die Armee personell nicht wieder ausgebaut werden muss. Dies ist je nach Lageentwicklung durchaus möglich. Die Armee wurde seit 1995 von 800 000 Soldaten auf 140 000 reduziert. Es besteht zwar im Gegensatz zu anderen Ländern Westeuropas noch ein militärisches Gesamtsystem. Dieses ist aber aufs absolute Minimum beschränkt.

Der Bericht des Bundesrates über die Dienstpflichtmodelle stammt, wie so vieles, noch aus der Zeit nach dem Kalten Krieg – oder treffender: den letzten Tagen der Vorkriegszeit. Von den beiden Varianten ist die «bedarfsorientierte Dienstpflicht», also der gleichberechtigte Einbezug der Frauen, der «Sicherheitsdienstpflicht» nur für Männer vorzuziehen. Dies ist in erster Linie aus politischen Gründen so: Die Schweizer Milizarmee kann seit dem 19. Jahrhundert als die Demokratisierung des Gewaltmonopols verstanden werden. Die mündigen Bürger in Uniform schützen mit der Waffe das freiheitliche Staatswesen. Doch die Bürgerinnen sind noch immer nicht wirklich mitgemeint.

Es hat zu lange gedauert, bis 1971 auch die Frauen Teil des eidgenössischen Souveräns geworden sind. Es ist deshalb an der Zeit, die Gleichberechtigung auch auf die Dienstpflicht auszuweiten.

Bürgerinnen in Uniform sollten schon längst eine Selbstverständlichkeit sein. Die Armee braucht die Frauen, um die gesamte Schwarmintelligenz der Schweiz zu nutzen. Denn auch darum geht es beim Milizprinzip: Der Bund mobilisiert nicht nur Personal als Helfer oder potenzielles Kanonenfutter. Die Armee und der Zivilschutz profitieren von der zivilen Bildung und den beruflichen Erfahrungen der Angehörigen von Armee und Zivilschutz. Dies beinhaltet auch die Fähigkeit zum kritischen Mitdenken dieser Bürgerinnen und Bürger in Uniform.

Miliz ist nicht das Gegenteil von professionell. Das Berufspersonal von Armee und Zivilschutz sorgt für eine hervorragende Ausbildung, die auch auf internationaler Ebene mehr als nur mithalten kann. Die taktischen und technischen Kenntnisse der Milizoffiziere haben ein hohes

Niveau. Dies zeigen etwa Kontakte im Rahmen der Nato-Partnerschaft für den Frieden.

Ein grosses Durcheinandertal - Auch die Soldatinnen und Soldaten, die heute mehr oder weniger freiwillig Dienst leisten, erbringen bemerkenswerte Leistungen. Dies hat etwa der Einsatz während der Pandemie gezeigt. Nicht nur die Sanität, sondern auch die Infanterie vermochte die zivilen Leistungsbezüger zu überzeugen. So gingen der Genfer Gendarmerie entlang der geschlossenen Grenzen einige dicke Fische aus den Strukturen der organisierten Kriminalität der französischen Grossstadt Lyon ins Netz – vor allem dank dem Auftreten der mit Sturmgewehren bewaffneten Infanteristen des Durchdienerbataillons.

Die Armee und vor allem die Offiziere sind in der Pflicht, dass der Dienst in jedem Fall und für alle Stufen als sinnvoll und herausfordernd wahrgenommen wird. Da besteht in einer so grossen Organisation immer Luft nach oben. Gerade weil die Wirtschaft den Militärdienst auch finanziell mittragen muss, ist Leerlauf zu vermeiden. **Aber die Dienstpflicht erlaubt es allen, in der Armee auch dafür Verantwortung zu übernehmen.** Noch vor der russischen Annexion der Krim scheiterte 2013 eine Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee haushoch, die deren Abschaffung forderte.

Das Milizprinzip ist in der Bevölkerung weiterhin verankert. Es symbolisiert auch, **dass die Schweiz ein einziges grosses Durcheinandertal ist.** Die informelle Verknüpfung der Beziehungsnetze über Organisationen wie die Armee verleiht dem Land eine Nestwärme, die zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts beiträgt. Gleichzeitig bremst ein informeller Kontrollmechanismus den Gipfelsturm allzu ehrgeiziger Seilschaften, ebenso offensichtliche Formen der Korruption.

Doch die Elite hat die informelle Vernetzung bis zur Wende 1989 auf die Spitze getrieben. «Der Regierungspräsident war ebenso störrisch wie der Gemeindepräsident und war nicht nur Vorsteher des kantonalen Justiz- und Polizeiwesens, sondern auch Oberst, wie jeder echte Magistrat», so überzeichnet Friedrich Dürrenmatt die Blüten dieser Kultur in seinem letzten Werk. **Das «Durcheinandertal» ist ein groteskes Sittenbild einer Schweiz, die es so kaum mehr gibt.** Den eidgenössischen Räten gehören noch zwei Obersten an. Die militärischen Beziehungsnetze sind heute marginalisiert. **Wer heute noch weitermacht und als Offizierin oder Offizier Verantwortung übernimmt, tut dies nicht für die zivile Karriere. Im Gegenteil, gerade internationale Betriebe haben oft wenig Verständnis für militärische Abwesenheiten. Doch dies hat die Motivation der Miliz im Dienst eher noch erhöht.**

In der Pandemie offenbarte sich die wahre Stärke dieses Systems, es wurde aber viel zu wenig genutzt. Als die Armee sämtliche Sanitäterinnen und Sanitäter mobilisierte, rückten praktisch alle ein. Die Teilmobilmachung im Taschenformat zeigte die hohe Bereitschaft auch der jungen Bevölkerung, ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten: ein Flashmob zugunsten des Gemeinwohls.

Das System Schweiz kann sich auf Bürgerinnen und Bürger in Uniform verlassen, egal, ob im Tarnmuster oder uni im Zivilschutz. Doch die angestossene Reform sollte rascher umgesetzt werden. Denn in beiden Fällen ist wohl eine Verfassungsänderung nötig. Der Bundesrat und das Parlament müssen die Entscheidungsfindung beschleunigen – und die Idee einer bedarfsorientierten Dienstpflicht schärfen. Denn auch bei diesem gleichberechtigten Dienstpflichtmodell sollte der Zivildienst mit dem Zivilschutz zu einem Katastrophenschutz zusammengelegt werden. **Es ist schwer verständlich, weshalb es nicht mit dem Gewissen vereinbar sein soll, bei einer Pandemie oder einer Naturkatastrophe infolge des Klimawandels anzupacken und zu helfen.**

Die Ressource Miliz muss zudem konsequenter fürs Krisenmanagement genutzt

werden. Die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für die Sicherheit ist die Steigerung des freiheitlichen Prinzips der Eigenverantwortung. Dies könnte gerade mit Blick auf den drohenden hybriden Krieg des Westens mit Russland von besonderer Bedeutung sein: Die Möglichkeit der eigenen Beteiligung an den sicherheitspolitischen Instrumenten des Staates schützt die Gesellschaft vor Spaltungsversuchen.

Umso wichtiger wäre es, dass die Reform der Dienstpflichtmodelle möglichst alle abholte: Frauen und Männer, egal, welcher politischen Orientierung oder Herkunft der Familie. **Der gemeinsame Dienst ist das Kernholz der vielsprachigen Schweiz und von deren Widerstandskraft. Denn Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe.**

Wir wollen uns heute nicht mit der Einschätzung von NZZ Redaktor Häsler über den Ukraine Konflikt beschäftigen. Interessant ist, dass er von einem uneindeutigen Krieg spricht, der längst schon längst begonnen hat... Auch die Bemerkung, der Kreml ziele auf die Spaltung der freiheitlichen offenen Gesellschaften des Westens ab, ist zumindest in Bezug auf die bisher ergriffenen Wirtschaftssanktionen zumindest zweifelhaft. Über die Nato-Osterweiterung verliert Häsler kein Wort und ein möglicher baldiger Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens scheint auch keine Bemerkung wert zu sein. Dies dürfte wohl erst ein Thema werden, wenn der 3. Weltkrieg nicht mehr als Stellvertreterkrieg geführt werden wird, sondern wenn die USA echt ins Kriegsgeschehen werden eingreifen wollen/müssen. Eigenartig ist einfach, dass im Westen wohl niemand einen 3. Weltkrieg befürchtet.

Konzentrieren wir nun also auf die Frage der Schweizer Milizarmee.

Die Schweiz kann sich auf Bürgerinnen und Bürger in Uniform verlassen, egal, ob im Tarnmuster oder uni im Zivilschutz, schreibt der NZZ Redaktor gleich zu Beginn seines Artikels. Warum ist Redaktor Häsler nicht ehrlich und schenkt der Schweizer Bevölkerung endlich klaren Wein ein? Da wird gebetsmühlenartig die Bevölkerung vor falsche Tatsachen gestellt. Ja, diese Gebetsmühle hört man auch von den Höheren Stabsoffizieren unserer Armee, von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, von vielen Bundesparlamentariern und selbst von linken Armeeabschaffern, welche noch immer der Meinung sind, die Schweizer Armee sei überdotiert und es brauche gar kein neues Kampfflugzeug für die Verteidigung. Wer glaubt, ein personeller Bestand von 100'000 Angehörigen der Armee sei für eine Verteidigung unseres Landes ausreichend, zumal gar nicht vollständig ausgerüstet und mit fehlenden oder veralteten Waffensystemen ausgerüstet, der macht sich der „Vorpiegelung falscher Tatsachen“ schuldig! Und darin liegt gerade auch die Crux möglicher neuer Modelle der Dienstpflicht.

Erstens, die Sicherheitsdienstpflicht: Der Zivilschutz und der Zivildienst werden zu einem Katastrophenschutz zusammengelegt. Es bleiben nur die Männer dienstpflichtig. Sie leisten entweder Militär- oder Katastrophendienst. Dagegen ist nichts einzuwenden, allerdings hat auch der Zivilschutz ein Rekrutierungsproblem und jeder Schweizer Bürger, der dem Zivilschutz zugeteilt wird, fehlt in der Armee.

Zudem wird die Armee durch die heutige „Freiwilligkeit“ des Militärdienstes seit Jahren geschwächt. Bis zum 1. April 2009 mussten Militärdienstverweigerer, die aus Gewissensgründen nicht den Militärdienst leisten konnten, ein schriftliches Gesuch mit ausführlicher Erläuterung ihres Gewissenskonflikts einreichen. Daraufhin erfolgte eine persönliche Anhörung vor einer zivilen Kommission. Diese Vorgehensweise ist seither nicht mehr in Kraft. Somit ist es jedem Schweizer freigestellt Militärdienst zu leisten. Offenbar will man aber auch in Zukunft keine Frauen für den Zivildienst aufbieten, wohl aufgrund der möglich anfallenden Arbeiten, welche Muskelkraft verlangen könnten. Das heisst aber, dass das Bestandesproblem im Zivildienst nur über frühere Militärdienstpflichtige gelöst werden kann.

Zweitens, Die bedarfsorientierte Dienstpflicht: Neu werden auch die Frauen dienstpflichtig. Armee und Zivildienst wählen aus den Stellungspflichtigen aus, bis die geforderten Bestände mit geeigneten Leuten erreicht sind. Der Zivildienst als Alternative bleibt bestehen. Dieser Vorschlag ist unausgegoren! Welche geforderten Bestände sollen denn erreicht werden? Sind dies nun 100'000 AdA's (Angehörige der Armee), sind es weiterhin die 140'000 AdA's welche im VBS-Bestand aufgeführt sind, aber nicht vollständig ausgerüstet werden können, soll es gar ein höherer Bestand sein, der sich aufgrund der Situation in der Ukraine ergeben könnte? Darüber schweigt sich diese bedarfsorientierte Dienstpflicht aus. Je nach einer Verschlechterung der Lage können nicht weitere Stellungspflichtige ohne jegliche militärische Ausbildung rekrutiert werden!

Verworfen wurde unter anderem ein Bürgerinnen- und Bürgerdienst, der vorsieht, dass alle einen Einsatz für die Gesellschaft leisten. Armee und Zivildienst brauchten gar nicht so viel Personal, lautet der Grund, den der Bundesrat gegen diesen «service citoyen» anführt. Auch diese Argumentation ist falsch. Die Armee wurde seit der Armee 61 in mehreren Abbau-schritten auf die heutige Minigrösse geschrumpft und trotzdem gelang es nicht, die heutige Armee vollständig auszurüsten, weil der Armee die notwendigen Kredite vorenthalten, resp. vom Bundesparlament nicht bewilligt wurden. Mit dem „Primat der Politik“ ist kein Krieg und keine Verteidigung im Falle eines Angriffs auf die Schweiz zu gewinnen! Wie kann ein NZZ-Redaktor behaupten, und das nicht zuletzt aufgrund der Situation in der Ukraine, die Armee personell nicht wieder ausgebaut werden muss? Die Schweiz will also ihre unpraktikable „Minimallösung“ der Sicherheitspolitik weiter verfolgen!... Die noch verbliebenen wenigen bürgerlichen Bundesparlamentarier haben längst kapituliert und die weisse Flagge gehisst, die Linken sind ihnen dafür sehr dankbar. Die Zusammensetzung der beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen spricht Bände, es verbleiben in beiden Gremien höchstens zwei oder drei kompetenten National- und Ständeräte, welche über das nötige Know How und Urteilsvermögen verfügen und sich dem Ernst der Lage voll bewusst sind, da bleibt die Lage politisch absolut hoffnungslos!

Miliz ist nicht das Gegenteil von professionell. Das Berufspersonal von Armee und Zivilschutz sorgt für eine hervorragende Ausbildung, die auch auf internationaler Ebene mehr als nur mithalten kann. Die taktischen und technischen Kenntnisse der Milizoffiziere haben ein hohes Niveau. Nun kommt Georg Häsler gar noch ins Schwärmen über unsere Armee.

Erneut, „Vorspiegelung falscher Tatsachen“! Es beileibe nicht alles schlecht, was in der Armee geleistet wird, nur hat die Politik die Armee in die Knie gezwungen, was völlig unnötig war und einer falschen sicherheitspolitischen Lageanalyse entsprach. Der Schaden ist, man muss es leider festhalten, irreparabel. Dies muss ein ehemaliger Hauptmann und Btrr Kdt aD der Armee feststellen, was ihm das Herz bricht! Wie konnte es nur so weit kommen?

Die Armee und vor allem die Offiziere sind in der Pflicht, dass der Dienst in jedem Fall und für alle Stufen als sinnvoll und herausfordernd wahrgenommen wird. Nun sollen also die Armee und ihre Offiziere für das Versagen der Politik verantwortlich sein? Die Kader der Armee leisten ihr Bestes, doch mit zu wenig und veralteten Material lässt sich bei bestem Willen keinen verantwortungsvollen Einsatz bestreiten! Die Politik steht auf der Anklagebank! Bedurfte es der Ukraine-Krise, damit die schlafenden Politiker endlich zum Handeln gezwungen werden??

Aber die Dienstpflicht erlaubt es allen, in der Armee auch dafür Verantwortung zu übernehmen. Warum sind denn heute immer weniger dienstplichtige Schweizer bereit, diesen Militärdienst zu leisten und Verantwortung zu übernehmen? Sollen nun unsere jungen Frauen die Kohlen ihrer verantwortungslosen Männer aus dem Feuer holen?

Das Milizprinzip ist in der Bevölkerung weiterhin verankert, schreibt Georg Häsler. Ist dem wirklich so? „Ich nöd er au“, so lautet doch heute die Devise, aber mit dieser Devise glaubt die ganze Schweiz stark zu sein, welche Fehleinschätzung!

Die ganze Schweiz ein einziges grosses Durcheinandertal? Was soll damit ausgesagt und zum Ausdruck gebracht werden? Das «Durcheinandertal» ist ein groteskes Sittenbild einer Schweiz, die es so kaum mehr gibt, so Georg Häsler. Ja, die Zeiten haben sich geändert, aber nicht zum Besseren, Krieg bleibt Krieg und immerhin hat die Armee bis zum Fall der Berliner Mauer noch funktioniert und die Mannschaftsbestände und die Ausrüstung waren durchaus bemerkenswert, nichts davon ist heute übriggeblieben!

Wer heute noch weitermacht und als Offizierin oder Offizier Verantwortung übernimmt, tut dies nicht für die zivile Karriere. Im Gegenteil, gerade internationale Betriebe haben oft wenig Verständnis für militärische Abwesenheiten. Bitte nicht das heutige Versagen der Armee auf die ausländischen Konzerne abschieben, diese werden sich im Ernstfall nicht um unser Land kümmern, sie haben nur finanzielle Interessen! Doch dies hat die Motivation der Miliz im Dienst keinesfalls eher noch erhöht, wie Georg Häsler schreibt. Die militärische Lethargie hat sich längst in der Mehrheit der Schweizer Privathaushalte eingeschlichen, wir sind träge und dekadent geworden!

Die Ressource Miliz muss zudem konsequenter fürs Krisenmanagement genutzt werden. Die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für die Sicherheit ist die Steigerung des freiheitlichen Prinzips der Eigenverantwortung. Dies könnte gerade mit Blick auf den drohenden hybriden Krieg des Westens mit Russland von besonderer Bedeutung sein: Die Möglichkeit der eigenen Beteiligung an den sicherheitspolitischen Instrumenten des Staates schützt die Gesellschaft vor Spaltungsversuchen. Wird die Schweiz den Aufruf Georg Häslers in kürzester Zeit umsetzen? Wird es nicht nur bei diesen schönen Worten bleiben? Zweifel sind angebracht!

Sorry Herr Häslers, da werden zumindest viele Leser „Meiner täglichen Gedanken“ Mühe haben, ihren Gedanken beizupflichten. Auch hier ist das Sprichwort von Kurt Tucholsky gefragt: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint!“...

Ende der Igel-Schweiz: Zusammenarbeit mit der Nato verstärken

Die schweizerische Sicherheitspolitik ist in einer Sackgasse.

Gastkommentar

von Thierry Burkart, 8. April

Der Angriff Russlands auf die Ukraine offenbart dies schonungslos. Wir brauchen neue Wege.

Die Schweiz als Kleinstaat ist in einem modernen Konflikt aus technologischen und finanziellen Gründen in der Regel nicht mehr in der Lage, sich autonom zu verteidigen. Unser Land ist im Falle eines Angriffs auf Zusammenarbeit mit anderen Streitkräften angewiesen. Ohne eine eigene, starke Armee und ohne Fokus auf die Interoperabilität der Systeme ist dies allerdings nicht möglich. Zudem ist die Schweiz nicht mehr von rivalisierenden Mächten, sondern von auf gleichen Werten basierenden Demokratien umgeben. Ein Angriff auf uns wird deshalb höchstwahrscheinlich mit einem Angriff auf diese Demokratien verbunden sein.

Eine solche Sicherheitspolitik ist mit unserer Neutralität vereinbar. Im unwahrscheinlichen Fall eines Konflikts zwischen diesen Demokratien bliebe die Schweiz neutral. Bei einem – noch unwahrscheinlicheren – direkten Angriff erlaubt das Haager Neutralitätsrecht zudem eine militärische Zusammenarbeit. Unbestreitbar ist, dass im modernen Konflikt diese Zusammenarbeit ohne Training und Interoperabilität illusorisch ist.

Konflikte des 21. Jahrhunderts - Die gegenwärtige machtpolitische Konstellation zeigt in aller Deutlichkeit, dass der Grundsatz der autonomen Verteidigungsfähigkeit in einem modernen Konflikt nicht mehr absolut gilt. Weder aus technologischer noch aus finanzieller Sicht kann heute eine auf sich gestellte Verteidigung gewährleistet werden.

Die bodengestützte Luftverteidigung ist ein gutes Beispiel dafür: Mit dem System Patriot erhält die Schweiz die Fähigkeit zur autonomen Abwehr von ballistischen Lenkwaffen kurzer und mittlerer Reichweite zurück.

Der Bedrohung durch strategische Interkontinental- und Mittelstreckenraketen kann in Mitteleuropa aber nur ein internationaler Verbund Herr werden. Für die Schweiz heisst das konkret nur im Rahmen des Nato-Verbunds.

Die Sicht der Schweiz als sich autonom verteidigender Igel ist nicht mehr adäquat für die europäischen Konfliktszenarien des 21. Jahrhunderts: Sicherheit kann selten noch rein territorial verstanden werden. Diese Überlegung führt zu einer weitreichenden Erkenntnis: **Die schweizerische Sicherheitspolitik hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer zu wenig konsequent und realistisch**

weiterentwickelt.

Wir stellen nun fest, dass die Schweizer Sicherheitspolitik argumentativ mändriert: irgendwo zwischen einer engen Auslegung der Neutralität, dem Faktum, dass der Nato-Gürtel um die Schweiz herum die Sicherheit gratis gewährleistet, und dem fehlenden Budget für die Landesverteidigung. Die Schweiz könnte im globalen Kontext plötzlich als sicherheitspolitische Trittbrettfahrerin wahrgenommen werden. Der Ukraine-Krieg legt schonungslos offen, dass auch unser Land die Friedensdividende aufgebraucht hat.

Russland greift die auf Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit beruhende westliche Weltordnung an. Es lehnt die ihr zugrunde liegenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Werthaltungen fundamental ab. **Die hässliche Fratze des Krieges im Osten zeigt uns mit aller Schärfe, dass das Schicksal der Schweiz mit der Gemeinschaft demokratischer Staaten auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Der Westen muss daher manu forte reagieren.**

Partnerschaft – kein Nato-Beitritt - Wir stehen geschichtlich wieder an einer Schwelle, an der unsere Werte global herausgefordert werden. Hier kann der Platz der Schweiz nur an der Seite derjenigen sein, die unsere Werte verteidigen. Es gilt auch für uns, was Dwight D. Eisenhower, Supreme Commander der alliierten Streitkräfte in Europa im Zweiten Weltkrieg und späterer Präsident der USA, in seiner Inaugurationsrede 1953 sagte: **«Ein Volk, das seine Privilegien über seine Prinzipien stellt, verliert bald beides.»**

Die **neutralen Länder Finnland und Schweden** haben uns seit längerem vorgemacht, wie eine funktionsfähige, moderne Neutralität aussehen kann. **Sie traten bisher dem Nato-Bündnis nicht bei, weil dies mit ihrer Neutralität nicht vereinbar war.** Aber sie nahmen an Nato-Übungen teil und richteten ihre Streitkräfte konsequent auf Interoperabilität aus. **Allerdings wird aufgrund der aktuellen Ereignisse über einen Nato-Beitritt in den beiden Ländern wieder aktiver diskutiert.**

Sollte die Schweiz militärisch bedroht sein, dürften weite Teile Europas – und damit die Nato – ebenfalls bedroht oder bereits im Krieg sein. Unser Land muss deshalb einen aktiven Beitrag zur Sicherheit Europas leisten. Ein überlegter Ausbau der militärischen Landesverteidigung ist deshalb ein Imperativ.

Abwehr im «Verbund» - Dabei sollten die Schweizer Armeepaner eine Verlagerung bei der europäischen Streitkräfteplanung beachten, die mit dem Ukraine-Krieg verstärkt wird. Der **fähigkeitsorientierte Ansatz** prägte die letzten fünfzehn Jahre, als es galt, für hybride, uneindeutige Konflikte mit unbekannter Skalierung bereit zu sein. Heute stellt sich die Herausforderung, die fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung zwar beizubehalten, **die verlangten Fähigkeiten aber ganz konkret an der Bedrohung – Krieg in Europa – zu messen.**

Neu hinzu kommt die Maxime, die Abwehr von Angriffen konsequent im «Verbund» zu realisieren. Die Schweiz tut daher gut daran, wenn sie zwar den Nato-Beitritt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in Betracht zieht, aber eine viel engere, über die bestehende Partnership for Peace (PfP) hinausgehende Kooperation anstrebt zum Beispiel im Rahmen der Partnership Interoperability Initiative (PII) und als Enhanced Opportunities Partner (EOP). Denn für die Sicherheitsarchitektur in Europa wird auf unabsehbare Zeit die Nato massgebend sein.

Wer im Krieg kooperieren will, muss zuvor die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Hierzu muss die schweizerische Sicherheitspolitik mit dem Blick auf gegenwärtige sowie künftige Bedrohungsszenarien und ohne

ideologische Scheuklappen dringend die notwendigen Weichen stellen. Ein entscheidender erster Schritt dazu ist die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit im Alpenraum mit der Beschaffung der Kampfflugzeuge des Typs F-35.

Thierry Burkart ist Ständerat (AG) und Präsident der FDP.

Die Schweiz als Kleinstaat ist in einem modernen Konflikt aus technologischen und finanziellen Gründen in der Regel nicht mehr in der Lage, sich autonom zu verteidigen. Es ist bereits schwierig diesen ersten Satz des noch jungen FDP-Präsidenten zur Kenntnis zu nehmen, geschweige ihn zu billigen und damit zu verdauen! Welcher moderne technologische Konflikt darf es dann sein? Wird Wladimir Putin es gar wagen, die Schweiz anzugreifen? Vielleicht, seit die Schweiz aus Solidarität sich zur Kriegspartei gegen Russland gewandt hat. „Juhui, wir sind Kriegspartei“, seit der Gesamtbundesrat sich an einem Montag entschieden hat, alle Sanktionen der EU und der USA Wort für Wort und Tat nachzuvollziehen. Somit gehören wir auch zu den Nationen, welche Russland als „feindlich“ bezeichnet hat. Glückliche Schweiz! Die einstmals, seit 1815 neutrale Schweiz, die das Konzept der bewaffneten Neutralität verfolgt und sich erst in einem echten Krieg entscheiden müsste, auf welche Seite sie sich wenden würde. Nun hat die Schweiz diesen Schritt bereits in Zeiten des „relativen Friedens“ vollzogen, dies war völlig unnötig und hat der Schweiz geschadet und ihr Renommée als Vermittler und Land der „guten Dienste“ in einen argen Misskredit gebracht. Kriegsführende und verteidigende Nationen werden sich hüten, die Dienste der Schweiz als Vermittler in Anspruch zu nehmen, nicht einmal die Organisation einer Konferenz, eines Treffens zwischen zwei Konfliktparteien dürfte mehr zur Diskussion stehen. Und schliesslich wird die Schweiz ja ab 2023 für zwei Jahre dem Uno-Sicherheitsrat angehören, was die Rolle als Vermittler nochmals schwächt.

Doch zurück zu Thierry Burkart. Ohne eine eigene, starke Armee und ohne Fokus auf die Interoperabilität der Systeme ist dies allerdings nicht möglich. Damit gibt Burkart wenigstens zum Ausdruck, dass er unsere Armee nicht als stark beurteilt, dies ist doch das erste und wichtigste Kriterium einer Selbstbehauptung. Leider hat sich die Schweiz seit dem Fall der Berliner Mauer im Oktober 1989 von dieser ersten Aufgabe verabschiedet. Die Liste der Schweizer „Missetäter“ ist lang, sie umfasst viele prominenten Poli-tiker in Exekutive und Legislative, Namen müssen keine genannt werden, sie sind allseits bekannt. Zu dieser Gruppe gehören auch hohe Militärs, ab Stufe Oberst i Gst, welche immer vom „Primat der Politik“ gesprochen und deshalb auch aus eigenem Interesse nicht Willens waren, Verantwortung für unsere Schweiz zu übernehmen, trotz gut bezahltem Job. Deshalb fiel das ganze Bundesparlament in den „Schlaf der Gerechten“, der Krieg war ja weit weg und wir „waren ja von lauter Freunden umgeben!“ Im VBS ging es zu wie in einem Steinbruch, die Armee wurde ausgebeutet und ist heute nicht mehr wiederzuerkennen, es fehlt an Mensch, Material und an den Finanzen. Die Schweiz als reichstes Land Europas hat die Armee in den Ruin geritten! Diese verfehlten rund dreissig Jahre lassen sich

nicht mehr gutmachen, die Schweizer Armee ist verloren. Und nun soll also der Anschluss oder zumindest die nähere Zusammenarbeit mit den „Freunden“ in der Nato gesucht werden, obwohl ein Nato-Beitritt weiterhin in Abrede gestellt wird. Dies ist natürlich verständlich, denn alle europäischen Nato-Armeen befinden sich in ähnlich misslicher Lage wie die Schweizer Armee!

Ein Angriff auf uns wird deshalb höchstwahrscheinlich mit einem Angriff auf diese Demokratien verbunden sein. Selbst mit dem vom Bundesrat begangenen Fauxpas mit der Aufweichung der immerwährenden Schweizer Neutralität muss die Aussage Burkarts umformuliert werden. Die Schweiz wird nicht primäres Angriffsziel sein, aber ein Gegner (es kann ja wohl nur Russland gemeint sein) ist nicht mehr genötigt, auf die kleine Schweiz Rücksicht zu nehmen.

Zusammenarbeit mit Nato-Armeen? Eine solche Sicherheitspolitik ist mit unserer Neutralität vereinbar. Im unwahrscheinlichen Fall eines Konflikts zwischen diesen Demokratien bliebe die Schweiz neutral. Unbestreitbar ist, dass im modernen Konflikt diese Zusammenarbeit ohne Training und Interoperabilität illusorisch ist, glaubt FDP-Präsident Burkart. Wie kommt er zu dieser Auffassung? Wer hat ihm diese vorgebetet? Waren da zuviele Befürworter eines Schweizer Nato-Beitritts aktiv? Die Logik ist falsch! Die Schweiz braucht eine glaubwürdige Armee am Boden und in der Luft, dazu reichen 36 neue Kampflugzeuge und 100'000 Angehörige der Armee bei weitem nicht aus. Warum immer wieder auch seitens des VBS von 140'000 Angehörige der Armee gesprochen wird, ist nicht auch ehrlich! Im heutigen Zeitpunkt können nicht einmal 100'000 AdA's (Angehörige der Armee) voll ausgerüstet werden. Ja, die Schweiz braucht Top-Material! Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Die Schweiz hat den zukünftigen Krieg längst verschlafen! - Auf Training sollte man sich nicht zu fest versteifen, dies mag ja bei der Luftwaffe noch nützlich sein, für den Kampf im Gelände, welches sich topografisch vom Ausland stark unterscheidet, sind keine Synergien auszumachen. Dies bedeutet „Vorspiegelung falscher Tatsachen“. Auch die Nato-Armee lebt davon. Man glaubt sich in falscher Sicherheit, wenn man in Polen oder in Litauen 5'000 Nato-Soldaten zu gemeinsamen Manövern zusammenzieht (Nato Forward Defense Strategy)

Die schweizerische Sicherheitspolitik hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer zu wenig konsequent und realistisch weiterentwickelt, so Thierry Burkart. Diese Feststellung ist auch für den jugendlichen neuen FDP-Präsidenten keine Entschuldigung, man kann seine früheren Parteigenossen beim Namen nennen, so AltBundesrat Kaspar Villiger, der bei der ersten Gelegenheit aus dem VBS, damals EMD Fahnenflucht beging und ins Wirtschaftsdepartement wechselte, um so der SVP die undankbare Aufgabe VBS überliess. Damals war die FDP noch staatstragend und hätte die Führung im zentralen Verteidigungsdepartement weiterhin übernehmen müssen! Auf parlamentarischer Ebene folgten die National- und Ständeräte wie Franz Steinegger, Erika Forster, Christine Beerli und Otto Schoch, welche bereits allesamt von den linken Armeeabschaffern weichgespühlt waren und im

Parlament der einsamen SVP Fraktion keinen nötigen Support lieferten, die CVP verhielt sich genau gleich unverantwortlich gegenüber der Staatsaufgabe Nr. 1. Damals hätte der noch mehrheitlich bürgerliche Rat feststellen müssen, die Sicherheitspolitik muss von der Schuldenbremse ausgenommen werden und ihr ein Budget, angepasst an das Wachstum der Staatsfinanzen zur Verfügung gestellt werden, das keine Abstriche duldet. Es versteht sich, dass diese genannten Politiker allesamt bereits den Beitritt der Schweiz zur Nato und die endgültige Verabschiedung der Schweiz von der Neutralität im Schilde führten. Auch die Annäherung an die EU mit einem späteren Beitritt zur EU war ein Diskussionsthema welches hinter vorgehaltener Hand geführt wurde.

Wir stellen nun fest, dass die Schweizer Sicherheitspolitik argumentativ mändriert: irgendwo zwischen einer engen Auslegung der Neutralität, dem Faktum, dass der Nato-Gürtel um die Schweiz herum die Sicherheit gratis gewährleistet, und dem fehlenden Budget für die Landesverteidigung. Mit dieser Aussage bestätigt Thierry Burkart nur, dass er von seinen Vorgängern mit der FDP-Muttermilch aufgezogen wurde, damit hat er seinen Jugendbonus und seine bisherigen verdankenswerten Vorstösse für eine glaubwürdige Schweizer Sicherheitspolitik mit einem Schlage entwertet. Es gibt keinen Grund für die Schweiz, sich unter dem zweifelhaften Rock der Nato zu flüchten, unter Preisgabe der Neutralität, weil die Hausaufgaben seit mehr als 30 Jahren vernachlässigt wurden und man nun glaubt, die Schweiz könne es sich leisten, auch weiterhin nur 1 Prozent des BIP (nach Vorschlag „bürgerlicher“ Vertreter im Bundesparlament) ausgeben zu können, während nun viele EU-Nato-Staaten beschlossen haben, unter dem Druck der Ukraine-Krise so schnell als möglich auf 2 Prozent des BIP zu erhöhen. Dieses unfaire, unsolidarische Spiel der Schweiz wird selbst die Nato durchschauen. Die Schweiz muss aus eigenen Kräften das Budget von 0.7 Prozent auf 2 Prozent erhöhen, was einer praktischen Verdreifachung des Wehretats entspricht. In diesem Fall würden wir dann 100 neue Kampfflugzeuge beschaffen und endlich einmal über eine voll ausgerüstete Armee (AdA's und Waffen) verfügen! Dass eine Armee mit 100'000 AdA's ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, versteht sich. Mit einem Budget von rund 15 Milliarden Franken jährlich, wäre dann auch eine Armee mit einem Bestand von 300'000 AdA's zu realisieren! Dann wäre es auch völlig illusorisch, aus Not auf eine nähere Anbindung an die Nato sprechen zu müssen! Dies zeigt auf, wie die bürgerlichen Parteien ihre Verantwortung für unser Land in keiner Weise wahrgenommen haben. Natürlich gab es von linker Seite immer Gegenwind, aber die Mehrheit im Parlament lag immer klar bei FDP/SVP und CVP, nur happerte es an der Geschlossenheit der Parteien. Bei der Staatsaufgabe Nr. 1 kann es sich nie um eine Residualgrösse handeln, die restlichen Staatsaufgaben des Bundes stellen die Residualgrösse dar, nachdem die Staatsaufgabe Nr. 1 voll alimentiert wurde. Seit Jahren geisterte im Parlament und auch in den Köpfen der höchsten Militärs im Lande die dumme Aussage herum: „Das Primat der Armeeausgaben liegt bei der Politik.“ Nun haben wir die Misere! - Vielleicht wird uns

die Ukraine-Krise eine Zeitenwende bringen, aber nur vielleicht! Die Schweiz hätte es in der Hand gehabt, mit einer glaubwürdige solide finanzierten Armee nicht als Trittbrettfahrerin der Nato bezeichnet werden zu müssen, um damit vor der Selbst-aufgabe zu stehen!

Der Westen muss daher manu forte reagieren, so Thierry Burkart. Auch diese Aussage ist falsch! Es geht nicht darum zu reagieren, ein wachsamer Staat agiert zur rechten Zeit und reagiert nicht, zur Reaktion ist es viel zu spät!

Wir stehen geschichtlich wieder an einer Schwelle, an der unsere Werte global herausgefordert werden. Hier kann der Platz der Schweiz nur an der Seite derjenigen sein, die unsere Werte verteidigen. Eine völlige unangebrachte Unterwürfigkeit, „juhi wir sind endlich Kriegspartei, was wir in zwei Weltkriegen bis anhin nicht geschafft haben....! «Ein Volk, das seine Privilegien über seine Prinzipien stellt, verliert bald beides.» Die Aussage Eisenhowers ist noch immer gültig, nur wird sie von Thierry Burkart falsch interpretiert. Der Gesamtbundesrat hat sich mit dem Entscheid, alle Sanktionen des Westens zu 100 Prozent nachzuvollziehen, von seinen Prinzipien der Neutralität verabschiedet und glaubt weiterhin sich als Trittbrettfahrer verhalten zu können. Die Schweiz entscheidet selbst ohne „Nachhilfe“ über Wirtschaftssanktionen, es stünde ihr sogar frei, noch härtere Massnahmen zu beschliessen, sollte sie diese aufgrund ihrer „immerwährenden Neutralität“ als richtig erachten. Die Schweiz war nie ein Schlupfloch in Zeiten kriegesischer Auseinandersetzungen. Der Ruf der Schweiz hat auch international gelitten, das Wort „Dissuasion“ ist aus dem Wortschatz aller Bundesparlamentarier gestrichen.

Unser Land muss deshalb einen aktiven Beitrag zur Sicherheit Europas leisten. Ein überlegter Ausbau der militärischen Landesverteidigung ist deshalb ein Imperativ. Wie bereits festgestellt, kommt Thierry Burkart mit dieser „schlechten Botschaft“ um Jahrzehnte zu spät: „Gouverner c'est prévoir!“ Noch einmal, wo waren Burkarts Vorgänger in den letzten dreissig Jahren mit dieser Botschaft im Parlament? Die Vernachlässigungen in der Landesverteidigung können nicht mit einer verstärkten Anlehnung an die Nato oder gar mit einem Nato-Beitritt nicht gelöst werden. Die Hausaufgaben müssen zu Hause erledigt werden! Leider hat Thierry Burkart mit diesem Beitrag seinen Bonus und sein mögliches Potential, die Schweiz sicherheitspolitisch auf den Pfad der Tugend zurückzuführen, bereits verspielt. Das Fiasko um die Armee ist längst Tatsache, der „point of no return“ ist überschritten!

Thierry Burkart wartet mit seinem Gastbeitrag mit einer Mogelpackung auf! Die Schweiz kann nicht „halb-Natoschwanger“ sein! Mit seinen Sätzen versucht uns der FDP-Präsident den Nato-Beitritt schmackhaft zu machen, eine komplette Umkehrung von Ursache und Wirkung der Geschehnisse! Eine gut vorbereitete, voll ausgerüstete, mannschafts/frauschaftsmässig gut dotierte voll neutrale Schweiz

braucht weder eine Anlehnung an die Nato noch deren Mitgliedschaft!

Wer im Krieg kooperieren will, muss zuvor die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Burkart will also den Krieg??

Si vis pacem para bellum ist ein lateinisches Sprichwort.: Wörtlich übersetzt lautet es: „Wenn du (den) Frieden willst, bereite (den) Krieg vor.“

Die Schweiz hat die Kriegsvorbereitung sträflich vernachlässigt und wird dafür einen hohen Preis bezahlen müssen, mit und ohne Nato!



Berg der Kreuze - Heiliger Ort der Katholiken - Schon von Weitem fällt der Blick der Reisenden auf eine der bekanntesten Sehenswürdigkeiten Litauens: auf den Berg der Kreuze. Im Laufe der Geschichte immer wieder zerstört, ist der nur circa zehn Meter hohe Doppelhügel mit den unzähligen Kreuzen **unter dem Namen Berg der Kreuze zum Symbol für den Widerstand der Bevölkerung und den tiefen Glauben der katholischen Litauer geworden.** Seit 1991 gilt der Berg der Kreuze als heiliger Ort der Katholiken. Aus aller Welt kommen die Gläubigen auf den Hügel, um ein Kreuz aufzustellen oder einen Rosenkranz aufzuhängen. Im Jahre 2000 wurde ein im Auftrag des Papstes Johannes Paul II. erbautes Kloster am Berg der Kreuze errichtet, das heute der Kontemplation und als Ort des Gebets dient.

Wie viele Kreuze es sind, lässt sich nicht zählen - Der Berg der Kreuze ist in der Nähe der Stadt Iauliai (deutsch: Schaulen) zu finden. **Erreichbar ist die Sehenswürdigkeit über die Fernverkehrsstraße A12, die Iauliai mit der lettischen Landeshauptstadt Riga verbindet.** Genaugenommen handelt es sich beim Berg der Kreuze nicht um einen Berg, sondern um einen Doppelhügel, da der Berg der Kreuze kaum höher als zehn Meter ist. Über eine kleine Holztreppe gelangen Pilger und Besucher auf den Berg der Kreuze, um dort zu beten, ein Kreuz aufzustellen oder einen Eindruck von der großen Vielfalt der Kreuze zu bekommen. Wie viele es genau sind, lässt sich kaum sagen. Ende der 1990er wurden weit mehr als 50.000 Kreuze auf dem Berg der Kreuze und dem danebenliegenden Areal gezählt. Hinzukommen noch zahlreiche Rosenkränze, die an den Querstreben aufgehängt wurden. Das leichte Klappern im Wind verleiht dem Berg der Kreuze ein ganz besonders mystisches Flair.

Der Berg und Kreuze und seine wechselvolle Geschichte - Es wird vermutet, dass der Berg der Kreuze bereits im Mittelalter als Gebet- und Opferstätte gedient hat, bis er 1348 durch Kreuzritter dem Boden gleichgemacht wurde. Dieses Schicksal wiederholte sich viele Male. Besondere Bedeutung erlangte der Berg der Kreuze im 19. Jahrhundert, als sich die Litauer gegen die russische Obrigkeit wehrten und den Berg zum Symbol des Widerstandes machten.

Seit dieser Zeit begannen die Menschen, Kreuze aufzustellen, um an ihre im Kampf gefallenen Familienmitglieder zu erinnern und ihnen auf dem Berg der Kreuze ein Denkmal zu setzen. Auch sollen einige Kreuze für Aufständische errichtet worden sein, die auf dem Berg der Kreuze hingerichtet worden waren. Unter der Stalin-Regentschaft wurden Kreuze zum Gedenken an verschleppte Litauer errichtet, die aber immer wieder vom Regime zerstört wurden. Eine große Zerstörungsaktion fand 1961 statt, als der Berg der Kreuze mit Bulldozern abgerissen wurde. 2.179 Kreuze sollen es damals gewesen sein. Weitere Abrissaktionen folgten, bis Litauen wieder unabhängig war. Die Menschen ließen sich jedoch nicht davon abhalten, weiterhin Kreuze auf den Berg der Kreuze zu bringen. 1990 soll die Anzahl der Kreuze auf dem Berg der Kreuze bereits 40.000 betragen haben.

Der Berg der Kreuze und seine Legenden - Zwei verschiedene Legenden erzählen, wie der Berg der Kreuze einst entstanden ist. Die erste berichtet von einem Fürsten aus Vilnius, der vor 300 Jahren einen Prozess führte. Auf seinem Weg nach Riga passierte er den Hügel und schwor, auf dem Berg ein Kreuz zu stiften, falls er vor Gericht erfolgreich sein würde. Der Prozess ging zu seinen Gunsten aus und er ließ das erste Kreuz errichten. Bald taten es ihm viele andere Menschen nach. Die zweite Legende zum Berg der Kreuze ist noch eindrucksvoller. Der Vater einer schwer erkrankten Tochter wachte an ihrem Bett und hatte einen ungewöhnlichen Traum. Eine weißgekleidete Dame forderte ihn auf, auf dem Hügel ein Kreuz aufzustellen, damit seine Tochter wieder gesund würde. Der Mann tat, wie ihm geheißen. Nach seiner Rückkehr war seine Tochter geheilt. Die Erzählung dieses Wunders verbreitete sich schnell, sodass viele Menschen mit Sorgen weitere Kreuze errichteten und den Hügel so zum Berg der Kreuze machten.

Der Berg der Kreuze und seine heutige religiöse Bedeutung - Seit der Unabhängigkeit Litauens im Jahre 1991 hat sich der Berg der Kreuze als nationaler Wallfahrtsort etabliert. Es gibt keine speziellen Wallfahrtstermine, doch ist der Andrang von Pilgern gerade zu den hohen christlichen Feiertagen besonders groß. Gern genutzt wird der Berg der Kreuze als Hintergrundmotiv für Hochzeitsfotos und auch nach Geburten führt die Menschen ein Gang zu der heiligen Stätte. Die Bedeutung als Symbol des Glaubens unterstrich Papst Johannes Paul II., als er 1993 den Berg der Kreuze besuchte. Er hielt eine Messe unter freiem Himmel ab, die von 100.000 Gläubigen besucht wurde. Zu diesem Zeitpunkt gab er dem Franziskaner-Orden den Auftrag, den Berg der Kreuze als katholisches Heiligtum zu pflegen und ein Kloster zu bauen. Der Klosterbau wurde im Stil eines litauischen Kreuzes rund um einen Kreuzgang errichtet. Bis zu 16 Franziskanern dient das Kloster als Wohnstatt. Im Inneren befindet sich neben dem Gebetsraum eine kleine Kapelle, deren Fenster einen Blick auf die zahllosen Kreuze ermöglichen. Eines davon stiftete 1993 der Vatikan. Es wurde am Anfang der Treppe aufgestellt, von der aus der Berg der Kreuze bestiegen wird.



Leserbriefe in der NZZ

«Es gab nie ein neues Russland»

8. April

Der Leitartikel von Eric Gujer bringt die Hintergründe des russischen Vorgehens historisch abgestützt scharfsinnig auf den Punkt (NZZ 2. 4. 22). **Danach gab es nie ein neues, besseres Russland, sondern nur eine westliche Naivität, welche historische Konstanten ignoriert, und die Zeit des Selbstbetrugs im Umgang mit Moskau sollte endlich vorbei sein.**

Naiv ist, wenn in gewissen Kreisen die Meinung vorherrscht, Krieg gebe es im heutigen Europa nicht mehr oder er sei weit weg und die Schweiz könne sowieso nicht angegriffen werden und für die Luftpolizei genügen ein paar veraltete Flugzeuge. Man werde Putin zur Rechenschaft ziehen, und dann sei die Welt wieder in Ordnung.

Aber vergessen wir nicht: Putins gab es schon früher und gibt es auch in Zukunft: Napoleon war einer, er hat in einer Schlacht am Grauholz die schlecht vorbereiteten Berner besiegt und dann den Berner Staatsschatz geraubt und mit ihm den Ägyptenfeldzug finanziert. Hitler war auch einer und hat nur deshalb die Schweiz nicht eingenommen, weil er zu grosse Verluste befürchtete. Mussolini ebenfalls: Er hätte gern das Tessin erobert, wurde aber vorher kaltgestellt.

In Ungarn gibt es Anzeichen, dass ein zartes Diktatorenpflänzchen wächst. Und glauben wir doch nicht, dass es in einem Nachbarland der Schweiz anlässlich möglicher Unruhen unmöglich ist, **dass wieder einmal ein Extremist ans Ruder kommt, dem unsere Freiheit ein Dorn im Auge ist.** An-

sätze dazu gibt es und Beispiele auf der ganzen Welt auch. Selbst die EU nimmt ja unsere Freiheit nicht so ernst.

Und wenn's dann einmal so weit kommt, werden nur die besten Flugzeuge Eindruck machen sowie eine erstklassige Fliegerabwehr. Eindruck ist wichtig und kann einen Einsatz verhindern, und falls es doch zum Einsatz kommt, zählt Qualität und Leistungsfähigkeit: Jeder Handwerker weiss, dass nur scharfes und bestes Werkzeug sich lohnt. Deshalb ist die vom Bundesrat eingeleitete Beschaffung richtig.

Walter Giezendanner, Rüfenacht

„Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“, dies gilt auch für diesen Leserbrief von Walter Giezendanner. Heiligt der Zweck die Mittel? Genügt es, den russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Pfefferland, oder ihm gar den Tod zu wünschen? Es gibt ein Russland auch nach diesem Krieg! Ob die Schweiz in der Lage wäre, sich mit 36 Kampffjets und ohne erstklassige Fliegerabwehr zu behaupten, steht auf einem anderen Blatt. Die Schweizer Bevölkerung hat sich von ihren Bundesparlamentariern seit mehr als 30 Jahren blenden lassen. Die Schweizer Bevölkerung ist über die Einsatzfähigkeit und ihre sehr beschränkten Einsatzmöglichkeiten gar nicht mehr im Bilde!

Es ist immer wieder erstaunlich, wie die Nato-Osterweiterung beschönigt und für Russland als harmlos hingestellt wird, so jetzt wieder von Eric Gujer.

Eine militärische Allianz von dreissig Staaten mit dem latenten Willen zur Aufnahme von zwei weiteren Ländern mit gemeinsamen Grenzen zu Russland soll keine Bedrohung sein?

Würden die USA Mexiko oder Kuba ein Bündnis mit Russland zugestehen? Und warum um alles in der Welt brauchte es nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts noch eine Nato, wenn nicht gegen Russland? Wenigstens der Verzicht der Nato auf eine weitere Ausdehnung an die Grenzen zu Russland wäre sicher hilfreich für eine wirkliche Entspannung gewesen.

Es gab eben auch nie ein neues Denken im Westen, die ganze Hatz gegen alles Russische erinnert sehr an den Kalten Krieg. Russland wird somit vollends in die Arme Chinas getrieben, und wir werden dies noch bitter bereuen.

René Bär, Zürich

Endlich hat es die NZZ geschafft, einmal einen einzigen US- und EU-kritischen Leserbrief zu publizieren! Die Leser der NZZ sind ja fast alle „Selenskyj“ gewaschen, jeder Tag ist ein Tag, wo dem neuen ukrainischen Gott Wolodimir Selenskyj gehuldigt wird und ihm neue Waffen dargebracht werden, um das böse Russland in die Knie zu zwingen. Wenn dann schliesslich der 3. Weltkrieg Tatsache wird, muss sich auch die NZZ-Chefredaktion nicht wundern.

Der lesenswerte Artikel von Eric Gujer weist zu Recht darauf hin, dass Putin nicht verrückt ist, nur weil seine Handlungen den Menschen im Westen unverständlich sind. Darüber hinaus bleibt zu hoffen, dass Putin nicht die Ukraine als Vorspiel zu einem noch grösseren Szenario ansieht und

als intimer Deutschlandkenner dabei nicht die Ideen des deutschen Fussballtrainers Sepp Herberger aufgreift, um diese auf das Schlachtfeld zu übertragen.

Zur Erinnerung: Herberger verzichtete im Jahr 1954 bei der WM in der Schweiz zunächst auf viele seiner stärksten Kräfte. Er wurde deshalb eine Zeitlang unterschätzt. Später schlugen seine besten Männer mit geballter Kraft zu und errangen den Sieg. Das Wunder von Bern.

Vielleicht ist es ein Fehler, die russischen Streitkräfte zu überschätzen, es ist aber mit Sicherheit ein noch grösserer Fehler, sie zu unterschätzen. Auf jeden Fall kann es in unserer Zeit nur nützlich sein, sich wieder mit den Begriffen Strategie und Taktik auseinanderzusetzen.

Hans-Jörg Wohlfrohm, D-Würzburg

Beda Düggelin, lic. oec. HSG, 8006 Zürich